

Information nach Art. 13, 14 und 21 der Datenschutz-Grundverordnung für den Bereich Beantragung einer Festsetzung

Vorbemerkung

Mit den nachfolgenden Datenschutzhinweisen informieren wir Sie gemäß der ab dem 25. Mai 2018 geltenden Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns sowie über die Ihnen zustehenden Rechte. Diese Hinweise werden, soweit erforderlich, aktualisiert und auf der Homepage der Verbandsgemeinde Rüdesheim/Nahe veröffentlicht. Dort finden Sie auch die Datenschutzhinweise für Besucher unserer Internetseiten.

1. Bezeichnung der Verarbeitungstätigkeit

Datenschutzhinweise im Zusammenhang mit der Beantragung einer Festsetzung

2. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung:

Verbandsgemeindeverwaltung Rüdesheim/Nahe
Fachbereich Ordnung und Soziales
Ordnungsamt
Nahestraße 63
55593 Rüdesheim
Tel.: 0671 371-125
E-Mail: ordnungsamt@vg-rudesheim.de

3. Beauftragte oder Beauftragter für den Datenschutz:

Wir haben für unsere Behörde einen Datenschutzbeauftragten bestellt.
Behördliche Datenschutzbeauftragte
RA Ph. Weißmann
Fachanwalt für Steuerrecht
Ext. Datenschutzbeauftragter (TÜV)
advokIT Rechtsanwälte und Datenschutzbeauftragte
Niederlassung Bad Kreuznach, Riemenschneiderstraße 4, 55543 Bad Kreuznach
T +49 (0) 671 4835 491
F +49 (0) 671 4835 493
E-Mail: info@kanzlei-weissmann.de
<https://www.advokit.de/>

Kontakt zur Behörde in Datenschutzangelegenheiten:

0671/371-217

E-Mail: <mailto:datenschutzbeauftragte@vg-ruedesheim.de>

4. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten

Die Erhebung der personenbezogenen Daten ist notwendig, um über Ihren Antrag entscheiden zu können, um einer rechtlichen Verpflichtung nachkommen zu können. Ihre Daten werden auf Grundlage von Artikel 6 Abs. 1 Buchstabe E DSGVO in Verbindung mit § 60 b Gewerbeordnung oder §§ 2 ff. Landesgesetz über Messen, Ausstellungen und Märkte verarbeitet.

5. Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten

Innerhalb der Stadtverwaltung Trier erhalten diejenigen Stellen Ihre Daten, die diese zur Erfüllung der in Anspruch genommenen Verwaltungsdienstleistung (Beantragung einer Festsetzung) benötigen. Darüber hinaus können Daten an Dritte, wie andere Behörden oder Einrichtungen, übermittelt werden, soweit diese im Rahmen der Bearbeitung Ihres Antrages zu beteiligen sind. Eine Weitergabe Ihrer Daten erfolgt nur, soweit eine Rechtsgrundlage dies gestattet.

6. Dauer der Speicherung

Soweit erforderlich, verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten nur für die Dauer der Bearbeitung. Es gelten unterschiedliche Löschrufen. Darüber hinaus unterliegen wir verschiedenen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten, die sich unter anderem aus der Abgabenordnung (AO), SGB I und X usw. ergeben. Fristen zur Aufbewahrung bzw. Dokumentation können bis zu 30 Jahre betragen.

7. Übermittlung an ein Drittland

Wir übermitteln Ihre Daten in Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums - EWR (Drittländer) nur, soweit dies zur Ausführung des gesetzlichen Verwaltungshandelns erforderlich ist.

8. Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu: Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO). Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO). Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO). Wenn Sie in die Datenverarbeitung

eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO). Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

9. Beschwerderecht (Art. 13 Abs.1 lit. e DS-GVO)

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde (Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, Hintere Bleiche 34, 55116 Mainz, Tel.: 06131 208-2449, E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de), wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

10. Pflicht zur Bereitstellung der Daten:

Ihre Daten erhalten wir direkt von Ihnen oder sie werden aufgrund gesetzlicher Vorschriften erhoben und verarbeitet. Sollten Sie die erforderlichen Daten nicht angeben, kann Ihr Anliegen nicht geprüft werden.